

**Jens Dieckmann**

**Der Einfluß der Deutschen  
Sparkassenorganisation auf die  
staatliche Wirtschaftspolitik in  
der historischen Entwicklung**

**Eine empirische Untersuchung zur  
Theorie der Verbände**

**Rita G. Fischer Verlag**

# Inhaltsverzeichnis

<u>EINLEITUNG:</u>	Seite
Die Notwendigkeit empirischer Untersuchungen zur Beurteilung der spezifischen Interessenlagen und Handlungsweisen eines Verbandes	1
<u>1. Teil:</u>	
GRUNDLAGEN ZUR VERBANDSTHEORETISCHEN PROBLEMATIK IM HINBLICK AUF DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN EINFLUSSNAHMEN DURCH DIE DEUTSCHE SPARKASSENORGANISATION	3
§ 1 Erklärung von Motiven und Ursachen der ersten Verbandsbildung - Geschichtliche Einführung -	4
§ 2 Konkretisierung der Begriffs- und Wesensmerkmale	6
I. Merkmalselemente der Sparkassenorganisation in den Zweckbestimmungen der Satzungen	7
II. Verbandstypologische Besonderheit der Sparkassenorganisation	8
III. Darstellung der theoretischen Handlungsmöglichkeiten - Verbandsfunktionen -	10
1. Binnenfunktionen	10
2. Außenfunktionen	11
3. Die Verbandsfunktionen im Überblick	13
§ 3 Erarbeitung eines wirtschaftspolitischen Zielsystems	14
I. Die Satzung des Verbandes als Grundlage verbandspolitischer Zielsetzungen?	15

II.	Charakterisierung der Entwicklungsphasen der Verbandsgeschichte durch grundlegende Tendenzen der Interessen- bzw. Einflußpolitik	17
III.	Theoretischer Zielkatalog als verbandspolitisches Grundsatzprogramm	19
	1. Verteilungsziele	20
	2. Sicherungsziele	21
	3. Ordnungsziele	23
IV.	Akzentverschiebungen in den sozialpolitischen Grundlagen und Hierarchie der Einzel-elemente des Zielsystems	25
§ 4	Die Adressaten einer wirtschaftspolitischen Beeinflussung	28
I.	Die beeinflusste Öffentlichkeit und ihre Unterstützungsfunktion bei der Durchsetzung verbandspolitischer Interessen	28
	1. Einflußstrategische Bedeutung öffentlicher Tagungen	30
	2. Begrenzte öffentliche Druckausübung durch parteipolitische Neutralität	31
II.	Der parlamentarische Raum als entscheidender Ort wirtschaftspolitischer Einflußnahme	32
	1. "Lobbyismus" und parlamentarische Interessenvertretung	33
	2. Direkte Fühlungnahme mit der Regierung	35
	3. Beeinflussung der Willensbildung im Bereich der Verwaltung	36

	Seite
§ 5 Methode zur Messung des Einflusses der Sparkassenorganisation auf die staatliche Wirtschaftspolitik	38
I. Dokumentenanalyse und ihre Problematik	38
II. Sichtbarmachung von Einflußintensitäten durch eine Gegenüberstellung von Aktivitäten der Konkurrenzverbände	40
 <u>2. Teil:</u>	
EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG DER EINFLUSSNAHMEN IN DEM ZEITRAUM VON 1881 BIS 1945	
§ 1 Verbandspolitische Aktivitäten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik	42
I. Schutz- und Abwehrfunktionen in den frühen Jahren der Verbandsentwicklung	42
1. Die Abwehr des Postsparkassenprojektes	43
a) Phasentypische Abwehrmaßnahmen	43
b) Prozeß der Einflußnahme	44
c) Einflußergebnisse	47
2. Das Scheckgesetz und die Girobewegung	48
a) Prozeß der Einflußnahme	48
b) Einflußergebnisse	50
3. Das Preußische Anlegungsgesetz	51
a) Die Ziele des Gesetzentwurfes und erste Stellungnahmen des Verbandes	51
b) Beratung des Gesetzentwurfes im preußischen Landtag	53
c) Einflußergebnisse	56

II. Neuordnung der Sparkassenorganisation: Ausbau und Verteidigung der Stellung im Deutschen Kreditgewerbe (1924 - 1933)	57
1. Bewährungsprobe durch soziales Engage- ment im Rahmen der Inflationsentschä- digung der Sparer	57
a) Entwertung der Deutschen Währung	58
b) Herausforderung des DSGV durch Rechtsunsicherheiten in der Auf- wertungsfrage	59
c) Die dritte Steuernotverordnung - Strategie der Gegengutachten als Reaktion auf interessengefährdende Gesetze -	61
ca) Aufdeckung fehlender Sachkompe- tenz des Gesetzgebers	61
cb) Direkte Beeinflussung des Parla- ments durch Anhörung von Sachver- ständigen	63
d) Aufwertungsgesetz und Einflußergeb- nisse	64
2. Die Kreditwirtschaft im Spannungsfeld einer zunehmenden Einflußnahme der Spar- kassen	66
a) Staatliche Legitimation geschäftspo- litischer Interessen als auslösender Faktor der Gegnerschaft	67
b) Einflußstrategische Abwehrargumente der Banken	68
c) Kompromißbereitschaft der Banken als Ausdruck einer gestärkten Einfluß- position der Sparkassen	70
d) Einflußergebnisse des Wettbewerbs- abkommens	71

	Seite
3. Wandlungsprozeß verbandspolitischer Funktionen durch interne und externe Einflußfaktoren	74
a) Veränderung des wirtschafts- und ordnungspolitischen Selbstbildes des DSGV	75
b) Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit und ihre Wirkungsweise	77
4. Die gleichberechtigte Einordnung der Sparkassen in die Kreditwirtschaft	79
a) Einflußnahmen zur Bewältigung der Bankenkrise	79
b) Verankerung sparkassenpolitischer Interessen im Reichsgesetz über das Kreditwesen	82
§ 2 Möglichkeiten der Geltendmachung wirtschaftspolitischer Interessen der Sparkassenorganisation im nationalsozialistischen Staat - Verbände und ihre Erfüllungsfunktion in einem totalitären System (1933 - 1945) -	84
I. "Selbstverwaltung" der Verbände des Kreditwesens als Leerformel nationalsozialistischer Ideologie	85
II. Zurückdrängung letzter politischer Freiräume im Zeichen der Kriegswirtschaft	87

3. Teil:

EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG DER EINFLUSSNAHMEN IN DEM ZEITRAUM VON 1946 BIS 1967	90
§ 1 Aufbau der Bundesrepublik Deutschland als verbandspolitische Herausforderung	90
I. Reorganisation des Verbandes	90
II. Neuordnung des Geldwesens	93
1. Währungsgesetzgebung	94
a) Prozeß der Einflußnahme	95
b) Erfolglosigkeit und die Verlagerung der Beeinflussung auf die Exekutive	97
2. Altsparerentschädigung	99
a) Verlauf der Untersuchung	101
b) Prozeß der Einflußnahme	102
c) Zusammenfassung und Vergleich mit 1923	105
§ 2 Einflußnahme des DSGV auf die allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen	110
I. Währungs- und Stabilitätspolitik	111
1. Innere Geldwertstabilität	111
a) Sparkassentage im Zeichen der Stabilität	112
b) Doppelstrategie bei der Zielver- folgung und äußere Faktoren der Zielbeeinflussung	113
c) Ursachenbekämpfung der Geldent- wertung und Verhältnis zu den Adressaten	115

	Seite
ca) Verhältnis zur Notenbank und den staatlichen Entscheidungsträgern	116
cb) Verhältnis zu den Sozialpartnern und den Konkurrenzverbänden	118
2. Gemeinschaft zum Schutz der Sparer	119
a) Gründungsmotive als Kriterien der Erfolglosigkeit bisheriger Stabilitätspolitik?	120
b) Ziel, Tätigkeitsfeld und ordnungspolitischer Standort	122
3. Außenwirtschaftliche Verflechtung der Geldwertstabilität	124
a) Unterschiedliche Standpunkte zu Wechselkursänderungen als Ausdruck unterschiedlicher Interessenlagen	124
aa) Interessen des DSGV	125
ab) Interessen der Konkurrenzverbände	127
ac) Interessen der Notenbank	128
b) Die Pflege persönlicher Kontakte zu Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister als wesentliche Einflußfaktoren bei der DM-Aufwertung im Jahre 1961	130
II. Konjunktur-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik	134
1. Einflußnahme auf die konjunkturelle Entwicklung sowie in den Konjunkturphasen	134

	Seite
2. Konjunkturphasenverlauf und zeitliche Abgrenzung	135
a) Aufschwungphase	135
b) Phase der Hochkonjunktur	138
c) Oberer Wendepunkt und Abschwung	140
d) Rezessionsphase	142
3. Überblick über die Eingriffsintensitäten der staatlichen Wirtschaftspolitik und die Forderungsintensitäten des DSGV in den Programmbereichen mittels eines Konjunkturphasenmodells	144
III. Verteilungspolitik	147
1. Ethische Bedeutung des Sparens	148
2. Zwangsversicherung versus individuelle Vorsorge	149
3. Maßnahmen zur Eigentums- und Vermögensbildung im Überblick	151
4. Soziale Ausgleichsaufgaben des DSGV als ordnungspolitischer Faktor	152
§ 3 Diskussion der Anwendungsmöglichkeiten qualitativer und quantitativer Einflußmessung	153
§ 4 Einflußnahme des DSGV anhand ausgewählter Beispiele	157
I. Neuformulierung des Gesetzes über das Kreditwesen	157

	Seite
1. Referentenentwurf und erste Stellungnahmen - Bedeutung der Einflußnahme von Verbänden im Vorstadium der parlamentarischen Behandlung von Gesetzen -	158
a) Forderungen des DSGV	158
b) Vergleich mit den Forderungen der Konkurrenzverbände	161
c) Zwischenergebnisse	162
2. Regierungsentwurf	163
a) Reaktionen der Verbände	165
b) Parlamentarische Behandlung	166
c) Abschließende Beurteilung der Einflußergebnisse	168
II. Zinsliberalisierung	171
1. Entwicklung der Zinsfreiheit und deren öffentliche Diskussion	172
2. Konstellation des wirtschaftspolitischen Kräftefeldes und die Einflußwege unmittelbar vor der Aufhebung der Zinsbindung	174
3. Abschließende Beurteilung	177
III. Besteuerung der Kreditinstitutsgruppen als quantitatives Kriterium zur Messung der Einflußnahme von Verbänden des Kreditgewerbes	178
1. Amtliche Entwicklung einer Steuerbefreiung der Sparkassen als umstrittener Wertmaßstab der Einflußnahme	179

2. Zunehmende Aussagekraft quantitativer Einflußmerkmale durch den Vergleich tatsächlicher Steuerlasten	182
3. Unterschiedliche Steuersätze als Ergebnis einer Strategie von Angriff und Abwehr der Interessenverbände	184

4. Teil:

UNTERSUCHUNG DER URSACHEN DES ZUNEHMENDEN POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN EINFLUSSES DES DSGVO	187
---	-----

§ 1 Interessenvertretung im Parlament	187
---------------------------------------	-----

§ 2 Informationsdefizite der Adressaten	191
---	-----

§ 3 Marktmacht des DSGVO	193
--------------------------	-----

Abschließende Betrachtung	196
---------------------------	-----

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s